

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pfg., monatl. 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 13893. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabend).

Inserate kosten die 6 gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Plakatschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Hofgebäude. Telefon: 2721.

## Tageskalender.

Im Reichstage kennzeichnete der sozialdemokratische Redner die militäristischen Mißbräuche im Heere.

Der Handelsvertrag mit Portugal wurde von der Reichstagskommission abgelehnt.

Die Erste sächsische Kammer stimmt der Abschaffung des Hohenjahrstages als eines Feiertages zu.

In Braunschweig verübte die Polizei blutige Ausschreitungen gegen friedlich demonstrierende Arbeiter, wobei einem Knaben der Arm abgehauen wurde.

Die Ueberschwemmung in Paris nimmt immer größeren Umfang an.

Der Attentäter des Obersten Karpow, Petroff, ist gestern hingerichtet worden.

## Die Krise in Ungarn.

Leipzig, 27. Januar.

Aus Budapest wird uns vom 25. d. M. geschrieben: Die gestrige Programmrede des Ministerpräsidenten Khuen Hederwary zeigte wieder von der Unerschlossenheit der sich die Dynastie bei Lösung der ungarischen Krise nähert. Man hat anderes erwartet, als der neue Mann, hat. Khuen Hederwary ist als ein Mann der Unerschlossenheit bekannt. Man war daher gespannt, zu erfahren, wie er die Entwirrung vorzunehmen gedenkt.

Ein Jahr ist es ungefähr her, seitdem die ungarische Gesetzgebungsmaschinerie den Dienst versagte. Die Vertreter der minderbemittelten Junker stellten die Forderung auf die Errichtung einer „nationalen Notenbank“, und weil die Dynastie darauf nicht eingehen wollte, machten sie die parlamentarische Arbeit unmöglich. Ihre Parole lautete: eine jede Regierung zum Rücktritt zu zwingen, die nicht „die Bank bringt“. Auf welche Weise wollte man bis jetzt die Krise lösen? Man versuchte aus den „gemäßigteren“ Elementen des Parlaments eine „arbeitsfähige“ Majorität zu bekommen, die dann „Ordnung“ schaffen sollte. Aber sämtliche Versuche dieser Art sind fehlgeschlagen, denn mit der Einhaltung der parlamentarischen Gebräuche und ohne Umgehung der Verfassung konnten die rebellierenden Junker bisher nicht unschädlich gemacht werden. Zur Lösung der Krise gab es nur zwei Mittel. Es hätten vor allem gewisse Reformen in der dezentralisierten Verwaltung eingeführt werden müssen. Die Wahlmacht liegt nämlich in den Händen

der junkerlichen Verwaltungsbehörden. Würden diese in eine größere Abhängigkeit von der Regierung gebracht, so könnten die Wahlen in einer Weise beeinflusst werden, daß eine gefügige Majorität zustande käme, gleichzeitig könnte man es auch bewirken, daß die Rebellierenden zu einer einflusslosen Minderheit zusammenschmelzen. Natürlich wären solche Reformen ohne Verfassungsverletzung nicht durchführbar. Außerdem steht die andre Lösung der Krise offen. Nämlich: die Regierung bleibt auf dem Boden der Verfassung, sie greift aber zum alten Trick der Dynastie, der in der Auspielung der Volksmassen gegen die Privilegierten besteht. Vor fünf Jahren hat sich die Regierung Jekervary dieses Mittels bedient. Die Regierung müßte die Parole des allgemeinen Wahlrechts ausgeben und so das Lumpenproletariat auf die Junker heben. Würde den Junkern mit dem Ende ihrer Herrschaft gedroht, sie wären dann alsdann bereit, von der Rebellion zu lassen. Die Dynastie könnte dann wieder die Friedensbedingungen diktieren, wie es vor vier Jahren der Fall war.

Außer diesen standen der Regierung vor ihrer Vereinigung mit den feudalen Großgrundbesitzern keine Mittel zur Verfügung. Wollte man also nach den vielen mißglückten Versuchen endlich wirklich eine Entwirrung der Krise vornehmen, so hätte man entschlossen für die eine oder für die andre, oder sogar für beide Methoden zugleich eintreten müssen. Im Programm der jetzigen Regierung ist nichts davon enthalten. Im Gegenteil: der Ministerpräsident betonte am Montag in seiner Rede, daß es sein „fester Entschluß“ wäre, die Krise auf parlamentarischem Wege mit Hilfe streng gesetzlicher und parlamentarischer Mittel zu lösen. Von einem Kampfe gegen die Parlamentspartei war nichts zu vernehmen. Im Gegenteil: der Ministerpräsident wandte sich an diese um Unterstützung und zeigte nicht nur den „gemäßigteren“ Elementen ein Entgegenkommen, sondern auch gegenüber den rebellierenden Junkern. Ihr Recht auf nationale Zugeständnisse wurde nicht nur nicht bestritten, sondern es wurde ihnen sogar „eine organische Fortentwicklung“ auf diesem Gebiete zugesprochen. Von einer Zentralisation der Verwaltung, die die Vorbedingung der erfolgreichen amtlichen Wahlbeeinflussungen bildet, wurde nicht gesprochen. Er spendete vielmehr Lob den Verwaltungsbehörden, die sich so gut bewährt haben sollen. Er trat für die Wahlreform ein, ja, er bekannte sich zum gleichen Wahlrecht, fügte aber sofort hinzu, daß an dem geschichtlich gewordenen Charakter des ungarischen Junkerstaats nichts geändert werden soll.

Die Erklärung für diese dunkle Rede lautet: Herr Khuen zweifelt trotz dieser entgegenkommenden Behandlung der Rebellen an der Einsicht der Junker und ist deshalb auf Wahlen gefaßt, in denen er den revoltierenden Junkerrest möglichst auszuschalten gedenkt. Wenn er auch

von der Zentralisation, besser von der Verstaatlichung der Verwaltung abgesehen hat, könnte er doch in diesen Wahlen zum großen Teil auf die Unterstützung der Komitatsbureaucratie rechnen, weil diese von dem feudalen Großgrundbesitz der Komitate gewählt und entscheidend beeinflusst wird, die Feudalen aber unterstützen, wenn auch nicht ganz offen, das neue Kabinett. Der parlamentarische Rest der Junkerrevolle soll dann durch den alten demagogischen Trick der Krone niedergebrosen werden, durch die gespielte Wahlrechtsfreundlichkeit der Regierung, deren Hort und Halt Graf Stefan Tisza im ungarischen Magnatenhaus noch am Montag eine Brandrede gegen jede Wahlrechtsreform vom Stapel ließ. Das gestrige Auftreten des Vertauensmannes der Dynastie, der neuerliche Versuch, die Krise zu lösen, ohne dabei den Junkern weh zu tun, beweist aufs neue, daß die immer wieder bestonte Wahlrechtsfreundlichkeit der Dynastie reiner Schwindel ist, auf den nur die Kurzsichtigkeit und die auf Betrug ausgehende Politik bauen kann.

Wird die ungarische Arbeiterschaft den bürgerlichen und höfischen Korruptionspolitikern noch einmal auf den Leim gehen, oder wird sie nunmehr einsehen, daß auch in Unkar nur das Proletariat der revolutionäre Träger des Wahlrechtskampfes ist und sein kann?

## Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Sitzung vom 26. Januar, vorm. 10 Uhr.

Am Regierungstische: Kultusminister Dr. Bed. Abg. Dr. Sähnel (konf.) berichtet als Vorsitzender der ersten Abteilung, daß die Wahlen der Abgeordneten Dr. Böner, Reutich und Dr. Steche, gegen die keine Proteste eingegangen sind, geprüft worden sind und für gültig erklärt wurden.

Präsident Dr. Vogel teilt mit, es sei zur Kenntnis des Direktoriums gelangt, daß der Abg. Träger (konf.) am Schlusse der gestrigen Sitzung einen unparlamentarischen Zurs — er hatte auf eine Bemerkung des Abg. Glutner mit „steifhaft“ geantwortet — gemacht habe. Da der Abg. Träger nach Schluß der Sitzung sich selbst bereit erklärt habe, den Zurs zurückzuziehen, erledigte sich damit die Angelegenheit.

Hierauf wird in die Erledigung der Tagesordnung eingetreten. Die Kammer beschließt debattelos und nach dem Antrage des Berichterstatters Abg. Wappler (nat. lib.), bei Kap. 5 des ordentlichen Staatshaushaltsetats für 1910/11 — Vofapothek — die Einnahmen mit 33 102 Mk. zu genehmigen und die Ausgaben mit 1400 Mk. zu bewilligen.

Ueber Kap. 60 — Statistisches Landesamt — erstattet Abg. Weimling (Soz.) Bericht. Die Einnahmen betragen hier 15 510 Mark, die Ausgaben 281 578 Mk. Der Berichterstatter bemerkt hierzu, daß im Jahre 1905 der verstorbene nationalliberale Abg. Schulze die Regierung um bessere Ausgestaltung der Einkommensteuerstatistik ersucht habe, so daß die Hauptberufsgruppen sofort erkennbar seien. Die Regierung habe diesen Wünschen auch teilweise Rechnung getragen, doch wären diesmal der Finanzdeputation A noch die erforderlichen Unterlagen zugänglich gemacht

## Seuilleton.

### Des Reiches Kommen.

Novelle von Limm Kröger.

21. Nachdruck verboten.

Der Angeklagte selbst hatte ihm dazu in der Verhandlung wenig Stoff geliefert. Wenn Karl Ohm Schnoor aus Barchenhufen nicht dagewesen wäre, hätte es um die Darlegung seiner inneren Erlebnisse mißlich ausgesehen. Aber da kam Karl Schnoor. Der Staatsanwalt hatte ihn wegen Anstiftung oder Beihilfe anklagen wollen, das Gericht hatte aber das Verfahren gegen ihn eingestellt. Einem anderen Selbstbewußtsein hätte darunter gekittet. Karl Ohm Schnoor fühlte sich gehoben. Und eifrig und feurig blieb er bei allem, was er zu Hinnerk Schmidt gesagt hatte, und holte zu schwungvollen Reden aus, wobei er die Idealität und Unerschütterlichkeit der Rechtsgrundsätze darzulegen versuchte.

Es war schade, daß der Mann auf dem Richterstuhle so gar keine Auffassung für Feuer und Begeisterung hatte und den Klinger immer wieder zur festen, dauernden Erde herabholte. Ein noch besserer Zeuge war der Propst, der mit Genehmigung seines Beichtkinds sachlich und ausführlich mitteilte, was er wußte. So kamen die Geschworenen in die Lage, das parlamentarische Räderwerk in Hinnerk Schmidts Seele arbeiten zu sehen.

Aber, warf der Staatsanwalt ein, Ferdinand Lucht hat ihm vor dem Schwur einen Fall mitgeteilt, aus dem der Angeklagte entnehmen mußte, daß die Schenkung höchstens zum Wert von 4666% Mark zu Recht bestehe. Als der Staatsanwalt das gesagt hatte, stand Hinnerk Schmidt auf und sagte: „Das ist wahr, das hat er mir gesagt.“

Der Vorsitzende nahm Veranlassung, die Beweisaufnahme noch einmal zu eröffnen und den Angeklagten zu fragen:

„Ja, Schmidt, mußten Sie sich da nicht sagen, daß das auch bei Ihnen gelte?“

„Ja, Herr Präsident. Ich glaube, im ersten Augenblick habe ich so was gedacht. Aber es war mir, namentlich das mit dem Buch und mit der Zahl, so wunderbar, als ob es gar nicht angehen könne, und nachher habe ich es ganz vergessen gehabt. Und daß der Amtsrichter davon etwas gesagt hat, ist mir nicht bewußt. Daß es doch so sei, das und vieles mehr hat mir der Justizrat erst gesagt, aber das war nach dem Schwur. Als ich schwor, glaubte ich ganz fest, wahr zu schwören.“

„Schmidt, früher waren Sie Ihrer Sache doch nicht so sicher; Sie haben den Zeugen Schnoor befragt, weshalb nicht vor dem Schwur den Justizrat?“

Hinnerk Schmidt schwieg.

„Wenn Sie das Rechte gewollt haben,“ fuhr der Vorsitzende fort, „weshalb glaubten Sie Karl Schnoor, der die Sache doch nicht studiert hat, weshalb folgten Sie diesem Rat (es war ein schlechter Rat) weshalb hüllten Sie sich in Schweigen, als der Amtsgerichtsrat Sie vernahm? Warum gingen Sie ihm gegenüber nicht offen vor, teilten den Sachverhalt, wie er lag, mit. Es wäre zu Protokoll genommen worden, auch Ihr Protest, Sie konnten dann Ihre Rechte noch immer verfechten.“

Hinnerk Schmidt sagte zwar einige Zeit nichts, aber man sah, wie seine Lippen arbeiteten. Dann kam es: „Das habe ich nicht getan.“

„Nag sein,“ erwiderte der Vorsitzende. „Mir kommt es überhaupt so vor, Sie sind, wie man so sagt, in die Sache „hineingebüßt“. Wesentlich Falsches wollten Sie nicht beschwören, ich meine so, daß Sie beim Schwur der Unwahrheit scharf ins Gesicht sahen. — Sie fragten aber keinen Rechtsverständigen und hüllten sich in Schweigen, weil Sie befürchteten, etwas zu erfahren, was Ihnen Ge-

woißensnot bereiten könnte, mehr, als Sie ohnehin schon hatten. Und Sie wollten das schöne Geld doch gar zu gern für sich allein behalten. Und in dem Augenblick, als Sie schworen, hatten Sie sich so fest eingeredet, Sie seien im Recht, daß die Zweifel hinter Ihnen lagen. — Ist es so, Schmidt?“

Da antwortete Hinnerk Schmidt:

„Just so ist es, Präsident.“

Nach diesen Worten setzte er sich nieder, stand aber gleich wieder auf und fügte hinzu:

„Damals war aber Gottes Reich noch fern von mir.“

„Was war fern von Ihnen?“ fragte der Vorsitzende, er glaubte sich verhöhnt zu haben.

Hinnerk Schmidt erhob sich noch einmal und antwortete:

„Gottes Reich!“ und nahm schnell wieder auf seiner Bank Platz.

Ob dieser Antwort ließ ein gutmütig überlegenes Rächeln von der Bank der Richter durch die Bank der Geschworenen; am Ragentische der Nebenprotokolle stor es auf den Gesichtern der Jünglinge fest.

„Mit der letzten Aeußerung ist der fahrlässige Falscheid zugestanden,“ bemerkte der Staatsanwalt.

Staatsanwalt und Verteidiger wiederholten ihre Anträge, Hinnerk Schmidt hatte nichts mehr zu sagen. Die Geschworenen berieten nicht lange, dann sprachen sie Hinnerk Schmidt von Westerkufen von der gegen ihn erhobenen Anklage frei. Sie nahmen weder wesentlichen Meineid noch fahrlässigen Falscheid an.

Sieben und zwanzigstes Kapitel.

Auf Westerkufen hatte der Bauer die Milchkuhe zum ersten Male ins junge Gras gelassen, da bog Hein Möller mit Mohrs großen Landbauer, worin die beiden erwarteten Herren, der Justizrat und der Propst, sahen, in das Hofstor ein. Und alles sah, als sie kamen, friedlich, gewissermaßen feierlich aus. Der weite Platz vor der Tür